

Frage des Tages

Soll Baschi Dürr die Baselbieter
Ärztetparkkarte wieder anerkennen?

Jetzt müssen Baselbieter Ärzte auch
Parkkarten in der Stadt lösen. Soll dies
rückgängig gemacht werden? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von Samstag:
**Haben Sie Verständnis für die
Kritik der BVB-Wagenführer?**



Baschi Dürr piesackt Baselbieter Hausärzte

Bussen im Notfalleinsatz: Basler Sicherheitsdepartement anerkennt Ärzteparkkarte des Landkantons nicht mehr

Von Joël Hoffmann

Basel/Liestal. Ältere Menschen oder Patienten, die nicht zum Hausarzt in die Praxis können, sind auf Hausbesuche angewiesen. Am Montag, 17. Juli, war ein Binninger Hausarzt in der Region unterwegs. Fünf Besuche bei Patienten in Basel standen auf dem Programm. Er parkte wie seit Jahrzehnten dort, wo es gerade Platz hatte, und legte seine Parkkarte mit der Aufschrift «Arzt im Dienst» hinter die Windschutzscheibe. Als er vom Patienten zurück zum Wagen ging, stellte ihm ein Basler Polizist gerade eine Busse aus. Der Baselbieter Arzt glaubte dem Uniformierten nicht, als dieser ihm eröffnete, dass das Basler Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) die Baselbieter Ärzteparkkarte nicht mehr akzeptiert. Doch das ist nicht die einzige umstrittene Neuerung aus dem Departement von Regierungsrat Baschi Dürr (FDP).

Das JSD bestätigt auf Anfrage das neue Vorgehen der Basler Bussen-Polizei: «Für das Parkieren auf Kantonsgebiet Basel-Stadt ist die Ärzteparkkarte Basel-Landschaft nicht zugelassen», schreibt JSD-Sprecher Toprak Yerguz. Präziserweise müsste man sagen, dass die Baselbieter Ärzteparkkarte sehr wohl bis im Sommer 2016 auch in der Stadt akzeptiert war, wie

Yerguz einräumt. Hinter der neuen Praxis steckt eine Verordnungsänderung durch den Regierungsrat. Diese hat zur Folge, dass die Baselbieter Hausärzte jetzt zusätzlich in Basel-Stadt eine Karte lösen müssen, wollen sie wie bisher bussefrei Hausbesuche oder Notfalleinsätze absolvieren. Eine plausible Begründung für den Systemwechsel nennt Yerguz nicht. Er sagt lediglich, dass die Verordnung durchgesetzt werden müsse, weil die Verordnung vorsieht, dass die Baselbieter Karte in Basel nicht gilt. Das ist keine Erklärung, sondern ein Zirkelschluss.

Gebühren steigen um 185 Prozent

Die Baselbieter Mediziner müssen also nicht nur zweimal Formulare ausfüllen, sondern auch doppelt Gebühren bezahlen. Und während die Ärzteparkkarte im Baselbiet 50 Franken kostet, verlangt Dürrs JSD das Vierfache: 200 Franken kostet die Basler Ärzteparkkarte seit diesem Jahr. Noch 2016 verlangte der Staat gerade mal 70 Franken dafür. Das ist ein Preisanstieg von 185 Prozent innerhalb eines Jahres.

Hinter der massiven Preiserhöhung steckt dieselbe genannte neue Verordnung, wie Yerguz ausführt: «Mit der Teilrevision der Parkraumbewirtschaftungsverordnung durch den Regierungsrat wurden die Einsatzmöglich-

lichkeiten der Ärzteparkkarte und der Spitexparkkarte per 1. August 2016 an die Parkierungserleichterungen der Gewerbeparkkarte angeglichen.» Aus Gründen der Gleichbehandlung verlangt das JSD von den Ärzten «im Dienst» also gleich viel wie etwa vom Sanitärinstallateur.

Beim Basler Arzt und LDP-Grossrat Felix Eymann sorgt die Geschichte seines Berufskollegen und die Begründung der Behörden gelinde gesagt für Unverständnis. Für Eymann bestehen «zwei Kriegsschauplätze»: «Einerseits plagt das JSD die Hausärzte mit der Gebührenerhöhung und andererseits kultiviert man den Kantönlicheit.» Er werde einen Protestbrief an Baschi Dürr schreiben, sagt Eymann und schimpft: «Das JSD redet von Gleichbehandlung mit dem Gewerbe, doch es geht der Regierung schlicht ums Geldverdienen, damit man beispielsweise Edelsteinasphalt verbauen kann, von dem man dann die Kaugummis nicht mehr wegbekommt.»

Eymann betont, dass die Hausärzte der Stadt einen wertvollen Dienst erweisen, weil ihre «mies bezahlten» Nachteinsätze günstiger seien, als wenn sich die Patienten auf der Notfallstation des Spitals behandeln lassen müssten. «Angesichts des Hausärztemangels ist es unverantwortlich, gerade diese Mediziner zu piesacken», so Eymann



«Arzt im Dienst». Von der Polizei ausgestellte Parkier erleichterung.

weiter. Aus Protest gegen die neuen Gebühren habe er zudem für 2017 keine neue Sonderparkerlaubnis gelöst.

Baselbieter Polizei ist «kulant»

Den Regierungsentcheid, wonach Baselbieter Ärzteparkkarten in Basel nicht mehr zugelassen werden, bezeichnet Eymann als «so unsinnig wie die Baselbieter Unipolitik». Als Präsident der Medizinischen Gesellschaft ist Eymann zudem erobert, dass er und seine Baselbieter Kollegen vom JSD

nicht über diese strafzettelrelevanten Änderungen informiert wurden.

Basler Hausärzte mit Patienten im Baselbiet können hingegen aufatmen. Die Baselbieter Polizei wird keine Hausärzte büssen, die mit einer Basler Ärzteparkkarte unterwegs sind. Oder wie die Baselbieter Polizeisprecherin Barbara Richard auf Anfrage bestätigt: «Im Kanton Basel-Landschaft wird im Einzelfall die Akzeptanz ausserkantonaler Ärzteparkkarten kulant und mit Augenmass angewendet.»

«Bürokraten fürchten den Einfluss der Eltern»

Enid Oita und Pia Amacher wollen das Monopol der Volksschule brechen

Von Franziska Laur

Basel. Enid Oita sitzt im Café und wartet. An ihren Ohren baumeln weisse Federohrringe, vor ihr liegen Unterlagen, ein ellenlanger Mail-Verkehr mit Schulbehörden. Weder die Pädagogen noch die Behörden hätten etwas tun können, damit sich ihr Kind in der Schule wohlfühle. Ein Schulhauswechsel sei nicht zustande gekommen, und die Gesprächstermine wurden so kurzfristig angesetzt, dass die berufstätige Frau Lohn einbussen in Kauf nehmen musste, um die Termine wahrnehmen zu können. Sie fühlt sich als alleinerziehende Mutter von den Behörden nicht ernst genommen: «Ich bin Krankenschwester, arbeite regelmässig, trinke nicht, rauche nicht, gehe kaum in den Ausgang.» Doch ihr Sohn sei ohne ihr Einverständnis zu einer Heilpädagogin gebracht worden, die ihm auf informellem Weg eine kindliche Depression diagnostizierte. «Er wird als Kranker abgestempelt, ohne dass man sich überlegt, dass es Kinder gibt, die einfach mal wagen, Nein zu sagen», sagt sie.

Die heilpädagogische Mühle

Ihr Fall ist einer, wie ihn immer mehr Eltern erleben: Sie haben ein Kind, das nicht ins schulische System passt und in die Räder der heilpädagogischen Mühlen gerät. «Es sollte doch möglich sein, dass Eltern mitbestimmen dürfen, in welche Schule ihr Kind gehen soll», sagt Oita. Daher will sie die Elternlobby in Basel-Stadt installieren. Momentan gibt es keine Anlaufstelle.

Der schweizerische Verein Elternlobby stellt seit Jahren fest, dass bei schulischen Problemen die Schulbehörden häufig keine den Bildungsbedürfnissen des Kindes dienende Lösung treffen. So stellen viele Eltern Fehleinschätzungen fest. Leon (alle Namen der Kinder geändert) beispielsweise hat eine immobile Zunge. Anstatt in die Sprachheilschule wollen ihn die Behörden trotz Gegenwehr der Heilpädagogin in eine Sonderschule für geistig behinderte Kinder schicken.

Julia hat ADHS, und die Pädagogen empfehlen, ihr Ritalin zu verabreichen. Dagegen wehren sich die Eltern, was nicht goutiert wird.

Und es gibt Kinder, die depressiv werden, wenn sie im Schulalltag eingespannt sind. Der BaZ sind einige Fall-



Passendes Schulsystem statt Diagnose. Enid Oita (l.) und Pia Amacher kämpfen für freie Bildungswahl. Foto Florian Bärtschiger

beispiele bekannt, wo die Kleinen erst wieder aus ihrem Loch herausfinden, als in einer privaten Schule vermehrt auf ihre Individualität eingegangen wurde. Die Schicksale sind zahlreich, die Geschichten bedrückend.

Überforderte Volksschulen

Seit 2011 richtet sich Basel-Stadt nach dem Sonderpädagogik-Konkordat und unterrichtet Kinder und Jugendliche mit Behinderung, Lernschwäche oder besonderer Begabung in denselben Klassen. Doch die Volksschule ist mit der heterogenen Zusammensetzung der Kinder überfordert, denn das ausgebildete Personal fehlt. Die Folge: Immer mehr ungenügend ausgebildete Personen entscheiden über krank oder gesund. So geraten auch Kinder in die Mühle der Pathologisierung, die lediglich nicht in den normativen Rahmen passen. Schweizweit haben weit über

50 Prozent der Schülerinnen und Schüler Förderbedarf und immer mehr Kinder werden heilpädagogisch betreut.

«Die Staatsschulen können nicht mehr alles abdecken», sagt auch Pia Amacher, Präsidentin Elternlobby Schweiz. Sie wohnt in Basel und kämpft für mehr Wahlmöglichkeiten bei der Bildung der Kinder. Manchmal entspreche ein System einfach nicht den Bedürfnissen des Kindes oder es stimme die Chemie zwischen Lehrer und Kind nicht. Wenn sie von Kindern hört, die an Depressionen leiden, weil sie sich einem unpassenden Schulsystem unterordnen müssen, so leidet auch sie. Und sie hört immer wieder Erfolgsgeschichten, wenn solche Kinder die Schule wechseln können.

«Seine Depressionen sind verschwunden, er lächelt endlich wieder und geht gerne zur Schule. Auch von Selbstmord redet er nicht mehr. Was

bleibt, ist das Unverständnis, dass die Schulgemeinde einem nicht diesen Betrag bezahlt, den das Kind in der normalen Schule kosten würde», schreibt ein Elternpaar auf der Elternlobby-Homepage. So wie ihnen geht es vielen «Privatschuleltern». Kinder, die in der Volksschule als langsam, hyperaktiv oder zu sensibel diagnostiziert werden, blühen auf, wenn sie in eine passende Schule wechseln können.

Aufgrund dieser Erfahrungsberichte ist für Pia Amacher unverständlich, dass die Volksschule auf ihrem Monopol besteht. Sie stellt fest: «Die Bürokraten fürchten den Einfluss der Eltern.» Das Grundrecht, dass Eltern über die Art der Bildung für ihre Kinder bestimmen können, werde mit Füßen getreten. «Meist entscheiden bei Schwierigkeiten die Schulbehörden, was das Beste für das Kind ist, und nicht die Eltern. Doch laut Menschenrecht

haben die Eltern das Recht, über die Art der Bildung ihrer Kinder zu entscheiden.» Sie vermutet, dass hinter dem Entscheidungsmonopol der Volksschulen handfeste Gründe stecken: «Es geht um Macht, Geld und Pfründe.»

Unterstützung aus der Politik

Doch die Streiterinnen für eine freie Schulwahl haben in den vergangenen Monaten und Jahren eine gewichtige Unterstützung bekommen. Katja Christ, 45 Jahre alt, Grossrätin der Grünliberalen, ist Juristin. Aufrechter Gang, Forscher Schritt, klare Haltung: Die ehemalige Tangotänzerin weiss, wofür sie kämpft und sie weiss, dass ihr Weg kein einfacher ist: «Wovor habt ihr Angst?», rief sie im Grossen Rat ihren Ratskollegen zu. Sie spürte zwar viel Sympathie für ihren Antrag betreffend freie Wahl des Unterrichtsmodells. Doch in den Volksschulen können die Eltern nicht bestimmen, sondern lediglich wünschen. Ob der Wunsch erfüllt wird, ist den Bildungsbürokraten überlassen.

Katja Christ wollte die Wunschmöglichkeit in eine verbindliche Form umwandeln. Doch nicht einmal das kam durch. Die Linken stemmten sich vehement dagegen.

Tief verwurzelter Glaube

«Wovor habt ihr Angst?» Diese Frage, die Katja Christ wie einen Schlachtruf in den Grossratssaal gerufen hat, beschäftigt sie heute noch, und sie hat teilweise Antworten gefunden. Es seien die Zweifel, die Skepsis, ob Eltern aus bildungsfernen Schichten mit einer freien Bildungswahl nicht überfordert wären. «Es gibt in der Schweiz einen bis tief ins bürgerliche Lager verwurzelten Glauben, dass der Staat am besten wisse, was gut für die Kinder ist», sagt sie.

Für sie würde eine freie Schulwahl unter folgenden Kriterien gelingen: «Der Staat hat die Oberaufsicht und definiert die Rahmenbedingungen.» Ausserdem müssten für alle teilnehmenden Schulen, ob öffentlich oder privat, die gleichen Regeln gelten. Schulen, die an der freien Schulwahl teilnehmen würden, sollen pro Schüler einen fixen Betrag erhalten, der kostendeckend ist. Es wäre untersagt Zusatzgebühren zu verlangen. Ausserdem wären die Schulen verpflichtet, alle Schüler anzunehmen. Wenn sie überbucht wären, müssten die freien Plätze verlost werden.